

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Ausnahmezustand

Moskau – Mit starker Präsenz haben sowjetische Truppen in der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku die Einhaltung des von Moskau verhängten Ausnahmezustands durchzusetzen versucht. Bei den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aserbaidjanern in den vergangenen vier Tagen sind 56 Menschen umgekommen und 156 verletzt worden.

Kohl-Rückzug

Bonn – Bundeskanzler Kohl ist von seiner ursprünglichen Absicht abgerückt, noch vor der ersten freien Wahl in der DDR am 6. Mai eine Vereinbarung über die angestrebte Vertragsgemeinschaft mit dem anderen deutschen Staat zu unterzeichnen.

Schwerer Sachschaden

Berlin – Beim Sturm auf das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR haben tausende Demonstranten einen Sachschaden von etlichen hunderttausend Mark angerichtet. Das oppositionelle Neue Forum distanzierte sich am Dienstag von den Gewaltakten. Auch in Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt gingen jeweils mehr als 100 000 Menschen auf die Strasse.

Flugzeugunglück

San Jose – In dem mittelamerikanischen Staat Costa Rica sind 23 Menschen bei einem Flugzeugunglück getötet worden. Ein zweimotoriges Propellerflugzeug der Inlandsfluggesellschaft Servicios Aeros Nacionales war kurz nach dem Start in der Hauptstadt San Jose inmitten eines gewaltigen Regengusses an einem Berg zerschellt.

Österreich: Visa für Türken

Wien (AP) Die österreichische Regierung hat am Dienstag eine zunächst auf drei Monate begrenzte Visumpflicht für türkische Staatsbürger beschlossen. Bundeskanzler Franz Vranitzky und Innenminister Franz Löschnak begründeten den Schritt nach einer Kabinettsitzung am Dienstag mit dem nach ihrer Darstellung in den vergangenen Monaten ausufernden Schlepperunwesen. «Das Boot ist voll», hiess es zuvor im Innenministerium.

Allein seit Oktober waren rund 20 000 Türken in Österreich eingereist, ein grosser Teil davon soll mit Hilfe illegaler Schlepperorganisationen in die Bundesrepublik oder die Schweiz weiter gereist sein. Wer dabei an der österreichisch-deutschen Grenze erwischt wurde, wurde von Österreich in die Türkei zurücktransportiert.

In den kommenden drei Monaten will die Regierung mit der Visumpflicht, die ab heute Mittwoch gilt, Erfahrungen sammeln. Danach werde über eine etwaige Verlängerung entschieden. Innenminister Löschnak sagte, dass zusätzlich zur Visumpflicht das Schlepperunwesen mit strengeren Strafen belegt werden soll.

Petition gegen die Zerstörung des Regenwaldes eingereicht

Aktion der Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), des Entwicklungsdienstes (LED), des Vereins Welt und Heimat sowie des Fastenopfers

(G.M.) – «Rettet den tropischen Regenwald – stoppt die Klimakatastrophe». Zu diesem Aufruf haben die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED), das Fastenopfer Liechtenstein und der Verein Welt und Heimat eine Unterschriftenaktion durchgeführt und die Petition gestern morgen bei der Regierung deponiert. Mehr als 700 Personen haben diese Petition an die Regierung unterzeichnet, die unter anderem eine Anhebung der liechtensteinischen Entwicklungshilfe und die Unterstützung für Projekte fordert, die sich «für gerechte Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern der Dritten Welt» einsetzen.

Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille nahmen die Petition entgegen.

Wilfried Marxer, Sekretär der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), erläuterte den Regierungsvertretern den Sinn und Zweck der Unterschriftenaktion, die sich für den Schutz der tropischen Regenwälder einsetzt. Die Hilfe Liechtensteins wird nach seinen Worten nicht als Direkthilfe verstanden, um die Regenwälder in den Tropen zu retten, sondern vor allem durch einen vermehrten Einsatz in anderen Bereichen.

Intervention beim Europarat

Darunter verstehen die vier Institutionen, dass Regierung und Wirtschaft Sor-



Übergabe der Regenwald-Petition durch LGU-Sekretär Wilfried Marxer (links) an Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille. (Bild: Beat Schurte)

ge tragen, dass keine Geschäfte – einschliesslich Banken- und Treuhändgeschäfte – getätigt werden, die direkt oder indirekt zur Zerstörung der tropischen Regenwälder beitragen. Ferner erwarten sie von der Regierung, dass beim Europarat interveniert wird, damit sich auch der Europarat für den Schutz der Tropenwälder einsetzt. Eine weitere Forderung betrifft die Unterstützung von Projekten durch die öffentliche Hand, die sich für «gerechte Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern der Dritten Welt» einsetzen, da nach Auffassung der Petitionäre «ökono-

mische, soziale und ökologische Katastrophen eng miteinander verknüpft» seien. Ebenso fordern die vier Institutionen, dass der Energieverbrauch in unserem Land gedrosselt wird, da alle durch die Verbrennung von fossilen Energien wie Heizöl, Benzin und Gas an der Klimaveränderung mitbeteiligt sind. Schliesslich ergeht mit der Petition erneut die Forderung an die Regierung, die Entwicklungshilfe auf 1 Prozent der Staatsausgaben zu erhöhen, wie dies im Leitbild «Der Liechtensteinische Entwicklungsdienst in den achtziger Jahren» vorgesehen ist.

Hoffnung auf Verbesserungen

Regierungschef Hans Brunhart nahm die rund 700 Unterschriften entgegen und reichte das Paket an Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille weiter. Brunhart erklärte sich mit den Zielsetzungen der Petition, der Verhinderung einer Klimakatastrophe, einverstanden und gab zu verstehen, dass die Regierung die Forderungen sorgfältig überprüfen werde. Ausserdem versprach er, dass die Regierung zu gegebener Zeit die vier Petition-Institutionen über vorgesehene Beschlüsse informieren werde.

Die Vertreter der vier Institutionen unterstrichen ihre Hoffnungen auf Verbesserungen in den Tropenwaldgebieten, gaben sich jedoch realistisch hinsichtlich der Möglichkeiten zur Einflussnahme von Liechtenstein aus. Aus den Äusserungen ihrer Vertreter wird vor allem ersichtlich, dass sie mit dieser Aktion auch ein Umdenken bei jedem Einzelnen anstreben. Helmuth Gassner, Fastenopfer Liechtenstein, meinte etwa, das Konsumverhalten in unserem Land könnte überprüft werden, während Marie-Louise Eberle sagte: Wir müssen das Bewusstsein wecken, dass man die Probleme nicht nur in die Dritte Welt abschieben kann, sondern selbst etwas dazu beitragen müssen.» Brigitte Batliner, Verein Welt und Heimat, setzt ihre Hoffnungen auf das Verständnis, dass künftig keine Geschäfte mehr über Liechtenstein gemacht werden, die ökologische Konsequenzen nach sich ziehen.

Das Gewerbegesetz soll geändert werden

Entwurf für neues Gewerbegesetz in der Vernehmlassung – Neufassung gewerberechtlicher Bestimmungen

(pafl) – Die Regierung hat den Entwurf für ein neues Gewerbegesetz den interessierten Kreisen zur Stellungnahme zugestellt. An der Vernehmlassung, die bis Ende März 1990 dauert, können sich auch weitere Kreise der Bevölkerung beteiligen. Die Vernehmlassungsexemplare sind bei der Regierungskanzlei in Vaduz erhältlich.

Die Vernehmlassungsvorlage sieht eine Neueinteilung der Gewerbearten vor.

Die bisherige Einteilung der Gewerbe gemäss Artikel 3 des Gewerbegesetzes in anmeldepflichtige und bewilligungspflichtige Gewerbe führte oft zu Missverständnissen, indem aus dieser Regelung oft der Schluss gezogen wurde, dass bestimmte Gewerbe lediglich anzumelden seien und dann ohne behördliche Genehmigung den Betrieb eröffnen könnten. Im Sinne von Artikel 32 des Gewerbegesetzes ist jedoch auch für die sogenannten anmeldepflichtigen Gewerbe eine Berechtigung erforderlich; der Unterschied zu den bewilligungspflichtigen Gewerben besteht lediglich darin, dass keine Fachkenntnisse nachzuweisen sind.

Dreiteilung der Gewerbearten

Die in die Vernehmlassung geschickte

Regierungsvorlage enthält nun eine Dreiteilung der Gewerbearten, die ausschliesslich auf die Fachkenntnisse beziehungsweise deren Nichterforderlichkeit Bezug nimmt. Eine weitere Neuerung besteht darin, dass die Arbeitsvermittlung und der Personalverleih in das Gewerbegesetz aufgenommen werden. Nach Auffassung der Regierung besteht kein begründeter Anlass, die gewerbliche Tätigkeit der Dienst- und Stellenvermittlung durch ein eigenes Gesetz zu regeln.

Änderungen gegenüber bisher

Materielle Änderungen gegenüber dem geltenden Recht sind im weiteren

- die Aufnahme einer Bestimmung, wonach jemand in zwei juristischen Personen die Geschäftsführerfunktion übernehmen kann;
- die Neuregelung der allgemeinen Voraussetzungen zum Nachweis der Fachkenntnisse mit Liberalisierung bei handwerksmässigen Tätigkeiten;
- die Aufnahme von Bestimmungen über das Transportgewerbe und die Gesundheits- und Körperpflege aufgrund der Entscheidungspraxis der Regierung;
- Die Liberalisierung beim Nachweis der Fachkenntnisse zur Weiterführung von industriellen Betrieben;

- die Aufnahme von neuen Bestimmungen für das Gastgewerbe in das Gesetz, währenddem dieser Bereich bisher auf dem Verordnungsweg geregelt wurde (Lebensmittelrecht, Schliessungszeiten, Ausnahmen vom Nachweis der Fachkenntnisse, Ausnahmen von der Bewilligungspflicht);
- die Neuregelung der Voraussetzungen zur Eröffnung von Filialbetrieben.

Bedeutung des Gewerbes

Derzeit besitzen rund 1650 natürliche Personen und 970 Gesellschaften beziehungsweise Einrichtungen eine Gewerbebewilligung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Personen, die mehrere Berechtigungen haben, nur einfach gezählt sind. Gemäss einer von der Gewerbe- und Wirtschaftskammer veröffentlichten Statistik bestanden am 1. Juli 1989 in Liechtenstein insgesamt 3395 Gewerbekonzessionen, wobei allerdings ein Gewerbebetrieb mehrere Konzessionen besitzen kann (z. B. Gastgewerbe und Lebensmittelhandel). Aus diesen Zahlen ist die grosse Bedeutung eines Gewerbegesetzes ersichtlich, stehen doch annähernd neun Prozent der Wohnbevölkerung im Besitz einer Gewerbebewilligung. Umgerechnet auf die erwerbstätige Bevölkerung erhöht sich dieser Anteil auf knapp 19 Prozent.

Tierschutzgesetz soll verstärkt werden

Bern (AP) Das Schweizer Tierschutzgesetz soll im Bereich der Tierversuche verstärkt werden, um eine striktere und einheitlichere Praxis zu erreichen. Einen entsprechenden indirekten Gegenvorschlag zur Tierschutz-Initiative schlägt die zuständige Nationalratskommission oppositionslos dem Plenum vor. Statt der Verbandsbeschwerde ist ein Beschwerde-recht des Bundesamtes für Veterinärwesen vorgesehen.

Kommissionspräsident Alexander Euler (SP/BS) betonte am Dienstag vor der Presse, der Vorschlag bringe beim Schutz der Tiere eine wesentliche Verbesserung und sei keine Alibiübung.

Garantiertes Mindesteinkommen

GPS für Ausbau der AHV zulasten der 2. Säule

Bern (AP) Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) fordert grundlegende Korrekturen an den Sozialversicherungen, da diese weder Armut noch materielle Unsicherheit verhindern hätten. Sie verlangt vom Bundesrat, dass er ein garantiertes Mindesteinkommen für alle prüft, bei der 10. AHV-Revision die Gleichstellung der Geschlechter, das flexible Rentenalter und einen Betreuungsbonus vorschlägt und aus der wieder freiwilligen 2. Säule ein Solidarpromille für die Alters- und Betagtenfürsorge abzweigt.

Die GPS schlägt in ihren am Dienstag

in Bern vorgestellten Thesen vor, im System der Sozialversicherungen die Weichen neu stellen. Denn obwohl die Schweiz eines der reichsten Länder sei, nähmen auch hier Armut und materielle Unsicherheit zu. Grüne Sozialpolitik heisse, den Wohlstand global gerechter zu verteilen und auf übertriebene persönliche Ansprüche und öffentlichen Luxus zu verzichten.

Die Grünen stellen ihre Vorschläge unter das Motto «Existenzsicherung – ein Grundrecht» und kritisieren, dass die soziale Sicherheit in der Schweiz via Lohnprozente massgeblich an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt sei.

Bodensee: Extrem niedriger Wasserstand

St. Gallen (spk) Am Bodensee herrscht ein extrem niedriger Wasserstand. Am Montag lag der Konstanz Pegelstand bei 249 Zentimetern – 41 Zentimeter unter dem Januar-Durchschnitt (290 Zentimeter). Grund für den Wassermangel ist der seit Wochen fehlende Niederschlag in den Alpen. Für die deutschen und schweizerischen Wasserwerke ist der tiefe Pegelstand allerdings kein Problem.

Am stärksten betroffen vom Niedrigwasser ist die Schifffahrt. Hans Grundlehner vom technischen Dienst der Bodenseeschifffahrt in Romanshorn: «Der Pegelstand bewegt sich langsam in kritische Bereiche. Im Moment fahren wir aber noch voll.» Sollte der Seespiegel weiter fallen, müssten die Tonnagen der Fähren begrenzt werden. Grundlehner hofft, dass die jetzt angekündigten milderen Temperaturen wieder einen Zentimeter Wasser mehr bringen werden.

Für die Trinkwasserversorgung stelle der tiefe Pegelstand kein Problem dar, versicherte hingegen Hansjörg Schnetzer von den St. Galler Stadtwerken am Dienstag: «Unsere Fassung im 'Rietli' liegt rund 40 Meter unter dem Seespiegel. Ob da einige Zentimeter Wasser mehr oder weniger darüber liegen, spielt keine Rolle.» Auch auf die Qualität des Wassers habe der Pegelstand keinen Einfluss. Der Trinkwasser-Speicher Bodensee sei gross genug, bestätigte auch ein Sprecher der Wasserwerke Konstanz. Und im übrigen sei die Rohwasserqualität des Sees ausgesprochen gut.

LUK
Leben, Unfall, Krankheit.
In einer Police.
ZÜRICH
VERSICHERUNGEN
Repräsentanz für Liechtenstein, Josef Sele
Aulestrasse 80, 9490 Vaduz, Tel. 075/2 43 33

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen
Schaan-Vaduz
aktuell – frisch und preiswert
Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.